

## **Eine Welt im Umbruch – mit einer Schweiz im Schlaf des Selbstgerechten?**

Ich werde Ihnen zuerst einige Probleme skizzieren, die Sie auch kennen, und dann meine Vermutung begründen, dass der heutigen Schweiz nicht zuletzt ihr historisches Selbstbild immer wieder in den Weg kommt, wenn zeitgemäße Antworten auf aktuelle Herausforderungen gefragt wären.

Sie kennen den traurigen Witz vom Automobilisten, der auf der Autobahn die Radiomeldung hört: „Achtung, auf der A1 kommt Ihnen ein Geisterfahrer entgegen!“. Worauf er ausruft: „Was heißt hier einer – hunderte!“.

Der Witz kommt mir gelegentlich in den Sinn, wenn ich als Schweizer, der seit bald zehn Jahren in Deutschland lebe, Nachrichten und Meinungsäußerungen aus der Heimat vernehme. Ich nenne bloß die Auseinandersetzung mit der EU und den USA, die Konflikte einiger Banken mit dem amerikanischen Rechts- und Normensystem oder der Fluglärmstreit mit Baden-Württemberg. Der Flughafen Zürich hat sich jahrzehntelang den Klagen von Deutschen verschlossen, die vom Fluglärm betroffen waren, weil 80-90 Prozent der Anflüge über deutsches Territorium erfolgen. Die nationalen Grenze schützte diese Verweigerungshaltung lange. Die Baden-Württemberger konnten in der Schweiz nicht gerichtlich für ihre Sache kämpfen, sie konnten keine Initiative lancieren, um für ihr Anliegen zu kämpfen. Und sie profitierten als Ausländer auch nicht vom wirtschaftlichen Ertrag des Flughafens, der zu ihren Lasten laufend ausgebaut wurde. Die Zürcher stimmten dieser Politik in Volksabstimmungen zu und lehnten 2002 das von Bundesrat Leuenberger ausgehandelte Abkommen (Obergrenze 100 000 An-/Abflüge/Jahr = 70-80 %; Nachtflugverbot) ab – eine krasse Überschätzung der eigenen Stärke. In der Schweiz tobt seither der Streit zwischen den betroffenen Regionen, wer den Fluglärm zu tragen hat; denn es ist absehbar, dass dieser nicht länger massiv in den ausländischen Norden abgeschoben werden kann.

Was das Bankgeheimnis betrifft, so hat sich das Gesetz von 1934 in den letzten Jahrzehnten nicht mehr nur als Milchkuh des Finanzplatzes erwiesen, der zum

weltgrößten Vermögensverwalter aufgestiegen ist. Ökonomisch war das längst ein Klumpenrisiko, weil der internationale Wettbewerbsvorteil an einem Gesetzesparagrafen hing, der „Diskretion“ ermöglichte und damit Steuerhinterziehungen in größtem Umfang. Dieses offene Geheimnis wurde mit einem ganzen Argumentarium verbrämt, das den Schutz von Eigentum und Privatsphäre als liberale Grundwerte und als schweizerische Traditionen hervorhob. Und was geschah, als es darum ging, diese Werte mit Prinzipientreue zu verteidigen, auch oder gerade wenn es Opfer bedeutet hätte? Die Schweizer Banken kündigten den Bankkunden in den USA ihre Konten. Um die UBS zu retten, willigte die politische Schweiz per Notrecht ein, dass Angaben zu Konteninhabern den amerikanischen Behörden übermittelt wurden. Auch die Mitarbeiter im Auslandgeschäft mussten erleben, dass ihr Arbeitgeber bereit war, ihre Namen preiszugeben. Eben habe ich erfahren, dass eine schweizerische Bank einem jungen Schweizer Wissenschaftler, der für absehbar vorübergehende Zeit in München angestellt ist, mitgeteilt hat, er müsse sein Konto aufgeben – und zwar im Lauf von drei Wochen!

Was ich hier kritisiere, ist nicht die Kooperation mit ausländischen Behörden. Es geht mir um die geschwinde Feigheit, mit der angeblich hehre Prinzipien preisgegeben werden, weil man sich allzu lange darauf verlassen hat, dass sie letztlich nicht in Frage gestellt werden würden. Der Finanzplatz soll auch nicht nach dem Vorbild der Bank Wegelin im Kampf gegen ausländische Behörden Harakiri begehen sollen. Im Gegenteil. Die Finanzbranche und der ganze Wirtschaftsstandort Schweiz soll mit den ausländischen Partnern rechtzeitig kooperieren und nicht erst dann einlenken, wenn es schon zu spät ist.

Stattdessen wiederholt sich stets ein ähnliches Szenario. Die Schweiz wird kritisiert. Sie errichtet unverhandelbare Positionen, will sie sogar, wie das Bankgeheimnis, in die Verfassung schreiben, um sich vermeintlich zu schützen, de facto aber zu lähmen. Meist reichen schon Drohungen, etwa mit Gerichtsklagen, dafür aus, dass die Abwehrstrategie zusammenbricht und die Schweiz den Vorstellungen der Gegenseite entgegenkommen muss. Dann wird dem Bundesrat im Inland Kapitulation und

Landesverrat vorgeworfen, den Partnern im Ausland die Arroganz der Großmacht oder, wenn es sich um Deutschland handelt, schnell einmal auch Nazi-Methoden.

Weshalb aber sind wir seit den 1990er Jahren immer öfter und heftiger der Kritik aus dem Ausland ausgesetzt? Die Formulierung in meinem Titel vom Schlaf des Selbstgerechten bezieht sich auf die Jahre des Kalten Kriegs. Der Kalte Krieg ermöglichte der Schweiz ein Leben in der Nische zwischen Ost und West. Die erprobte und alte Neutralität erfüllte in der geteilten Welt Vermittlerfunktionen, für die beide Seiten letztlich dankbar waren. Viele dieser Aufgaben sind 1989 weggefallen: Über den Nahostfrieden verhandelte man in Madrid und Oslo, nicht mehr in Genf. Das ist insgesamt eine sehr erfreuliche Entwicklung. Die Schweiz ist längst kein Sonderfall mehr in einem befriedeten, demokratischen und rechtsstaatlichen Europa.

Wenig erfreulich scheint das allerdings etlichen Schweizern, die nicht müde werden zu betonen, dass ihre Heimat ganz anders sei als der Rest des Kontinents und der Rest der Welt. Zentral für diese Selbsteinschätzung und Selbstüberschätzung ist die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs, in dem das Land mit seiner demokratischen Verfassung unversehrt blieb, mit Schweden die große Ausnahme auf dem Kontinent. Zudem überwand die Schweizer in der Geistigen Landesverteidigung die tiefen Gegensätze zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, zwischen Deutschschweiz und Westschweiz in einem anhaltenden Burgfrieden. Der Zweite Weltkrieg war damit ein Glücksfall für die nationale Integration, zumal sie nicht durch Niederlage, Schuld und Verbrechen nach einem deutschen Angriff wieder erschüttert wurde. Nicht dass diese gefehlt hätten: Flüchtlingspolitik, neutralitätswidrige Wirtschaftshilfe an das Dritte Reich, Ankauf von Raubgold, massive Lieferungen von Rüstungsgütern.

Das langfristige Problem lag darin, dass trotz den vermeidbaren und unvermeidlichen Fehlern und Verfehlungen der Weltkriegsjahre eine Heldengeschichte gebastelt wurde. Diese Gefahr erkannte der junge Historiker Herbert Lüthy bereits 1944: „Die Schweizer glaubten in diesen Jahren die Hand Gottes so sichtbarlich über ihr Land gebreitet zu sehen, dass sie in ungetrübtester Selbstzufriedenheit sich als auserwählt zu betrachten begannen. ... Wir haben uns schlecht und recht durchgewurstelt, und die Kosten dieses Daseins *extra humanitatem* blieben dank der

hochgeheimen Vertraulichkeit, in der unsere Außenpolitik vor sich ging, unbekannt, so dass unser verblüffendes Sonderschicksal als unzweideutiges Verdienst erscheinen musste; es gab eine schweizerische Innenpolitik, und es gab eine Weltpolitik, aber zwischen beiden gab es im schweizerischen Bewusstsein keine Verbindung.“<sup>1</sup> Aus Durchwursteln wurde durch selektive wie verweigernde Erinnerungen Verdienst, ja Heldentum.

Dies kümmerte im Ausland lange Zeit niemanden, doch erschütterte die Weltkriegsdebatte der neunziger Jahre dieses Selbstbild nachhaltig. Der amerikanische Unterstaatssekretär Stuart Eizenstat wies 1997 darauf hin, dass die Schweiz bis zum Kriegsende für ein mörderisches Regime Waren und auch Waffen produzierte, während Hunderttausende von alliierten Soldaten und Millionen unschuldiger Zivilisten ihr Leben verloren. Eizenstats Kritik rührte an das Kernelement des eidgenössischen Selbstverständnisses. War es möglich, dass der Neutrale – obwohl oder gar weil er sich aus den fatalen Kriegen der Großmächte heraushielt – Schuld auf sich lud? Was ebenfalls grundsätzlich erschüttert wurde, war die Selbstüberschätzung der Aktivdienstgeneration, die den Zweiten Weltkrieg allein als erfolgreiche Selbstbehauptung des helvetischen David gegen den nazistischen Goliath erinnert hatte. Ich sage das nicht mit Häme, sondern um auf ein tieferliegendes Problem hinzuweisen: die Überzeugung, dass ein Staat, ein Volk in einer bösen Umwelt auf sich allein gestellt sei und sich nur im Vertrauen auf die eigenen Kräfte behaupten könne. Das war eine verbreitete Überzeugung im Zeitalter des Nationalstaats. Der Zweite Weltkrieg erschütterte überall diesen Glauben. Deshalb strömten eroberte Kleinstaaten wie die Niederlande, Belgien oder Norwegen in die NATO und in die UNO. Nur in der Schweiz konnte die nationalistische Selbstüberschätzung überleben. Hätte Hitler sie angegriffen, wäre sie längst Mitglied von NATO und EU.

Stattdessen lebt das Bild fort, dass die Schweiz dauernd von fremden Mächten bedroht werde, welche das Land unterjochen wollen: zuerst die Habsburger, dann die Franzosen unter Napoleon, dann Hitler und das Dritte Reich, die Sowjetunion – und jetzt Brüssel und die EU. Tatsache ist, dass diesen Mächten die Eidgenossenschaft

---

<sup>1</sup> Lüthy, Fünf Minuten, Werke, 2002, 394 (11. Nov. 1944).

zumeist herzlich egal war. Umgekehrt ist das nicht so. Die Schweiz hat sich lange darüber definiert, dass sie diesen Bedrohungen und den damit verbundenen politischen Experimenten widerstanden habe. Auch heute ist das noch ein mächtiger Diskurs, der das Positive in der eigenen Geschichte auf eigene Leistungen und den Willen des Volkes, das Negative auf fremde, undemokratische Einflüsse zurückführt. Hierbei wäre daran zu erinnern, dass die männliche christliche Schweiz die Emanzipation der Juden 1866 erst nach diplomatischem Druck vornahm; und das Frauenstimmrecht 1971 nur wegen der europäischen Menschenrechtskonvention auf das Tapet kam, die eine Diskriminierung wegen des Geschlechts untersagte. Was der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte zu Minarettverbot und freier Religionsausübung sagen wird, muss sich weisen.

Die Überschätzung des Eigenen und Geringschätzung des Fremden ist selbst kein Sonderfall. Vielmehr ist das Sonderfall-Denken die schweizerische Variante dessen, was die Geschichtsforschung „exceptionalism“ nennt. Jede der heute ca. 200 Nationalgeschichten konstruiert sich als Sonderfall, der (allein) wegen seiner einzigartigen Qualitäten und historischen Erfahrungen dazu legitimiert ist, als politische Nation selbständig zu sein. Die Schweiz wählte dazu partikularistische Eigentümlichkeiten: Nur sie kenne Gemeindeautonomie und soll sie bewahren, ebenso Föderalismus, direkte Demokratie und Neutralität. Damit missionieren gehen soll sie aber nicht. Vielmehr sind es Voraussetzungen einer staatlichen Existenz „*extra humanitatem*“, um erneut Herbert Lüthy zu zitieren; wenn nicht außerhalb der nichteidgenössischen Menschheit und ihrer Geschichte, dann jedenfalls jenseits der Verstrickungen und Verfehlungen, die der Welt eigen sind. Diesen kann vermeintlich entkommen, wer als Neutraler seine außenpolitische Unschuld bewahrt, also insbesondere keine Kriege führt; und innenpolitisch durch eine Herrschaft von unten dem einzelnen Bürger, der Bürgerin das letzte Wort überlässt.

Dieses Selbstverständnis als Sonderfall, der über den geschichtlichen Wandel erhaben ist, solange er in sich selbst ruht, verschließt die Augen vor der Tatsache, wem er diese Existenz in politischer Sicherheit und ökonomischer Prosperität verdankt: den anderen staatlichen und suprastaatlichen Organen dieser Welt, die Ordnungsstrukturen

schaffen, die zwar stets so unvollkommen bleiben, wie Menschenwerk das eben ist, aber doch um einiges besser, als man es sich denken kann oder historisch erfahren hat. Es ist eine Staatenordnung, die Aggressionen von mächtigen Nachbarn gegen Kleinstaaten ahndet, so dass es ein unabhängiges Belgien heute ebenso gibt wie Kuwait. Es ist eine Weltwirtschaft, in der gemeinsame Rechtsvorstellungen und zunehmend auch gemeinsame Rechtsinstanzen Sicherheiten schaffen, die auch den Bürgern eines bevölkerungsmäßig kleinen Staats einen intensiven und einträglichen Außenhandel erlauben – nicht als isolierter und furchtsamer fliegender Händler, sondern als mächtiger und machtbewusster globaler Unternehmer. Die Kosten für diese Ordnungsaufgaben sind historisch immer wieder angefallen und tun das weiterhin: zähe und immer wieder auch ertraglose Sitzungen, in denen europäische oder globale Verfassungselemente ausgehandelt wurden; Transferzahlungen, mit denen Reichere die Ärmere auf ein Niveau zu bringen oder dort zu halten versuchten, das ökonomischen Austausch unter Partnern erst ermöglicht; Kriege, in denen Jünglinge aus Nebraska für die Freiheit Europas gefallen sind. Andere Staaten erbringen solche Leistungen *auch* deshalb, weil sie damit Machtstellungen aufbauen oder sichern; aber nicht *nur* deshalb. Es ist unredlich, die Augen davor zu verschließen, dass der Sonderfall Schweiz auf außenpolitischen Säulen ruht, die er selbst nie zu gewährleisten vermöchte.

Damit meine ich zum Beispiel Reden wie diejenige unseres Verteidigungsministers im vergangenen Jahr: „In unserer Geschichte ging es immer um die Freiheit. Über Generationen haben wir gelernt, dass Freiheit nie einfach da ist, dass Freiheit immer umstritten und bedroht ist. Freiheit muss immer aufs Neue erkämpft werden. Sowohl die freiheitliche Ordnung im Innern wie auch die Freiheit gegenüber fremden Mächten. ... Nie dürfen wir uns am Freiheitsniveau anderer Staaten orientieren. Wir müssen freiheitlicher sein.“<sup>2</sup> Solche Reden gründen in der tiefsitzenden Überzeugung, dass in den benachbarten und ferner liegenden Demokratien und Rechtsstaaten lauter dumpfe Untertanen lebten; wahre Freiheit also nur in der Schweiz möglich sei. Waren etwa die Schweizer Frauen vor dem Wahlrecht von 1971 und dem neuen Eherecht von

---

<sup>2</sup> Ueli Maurer, Referat in Bad Horn, 7. Januar 2011, <http://www.vbs.admin.ch/internet/vbs/de/home/documentation/reden/liste/detailspeech.37152.nsb.html>

1986 wirklich freiheitlicher dran als ihre Nachbarinnen? Innenpolitisch verbauen solche Reden, die den isolierten Sonderfall zelebrieren, Handlungsoptionen, in konservativer Absicht, und soll dies auch. Was dem unveränderlichen Wesen der Schweiz und ihrer Geschichte widerspreche, solle auch in Zukunft nicht erwogen werden. Als ob die Schweiz nicht von jeher Teil einer abendländischen Wettbewerbsgemeinschaft gewesen wäre, in der man aus den eigenen Fehlern ebenso lernte wie aus denen der anderen und das, was anderswo gelang, zu imitieren suchte. Pragmatisch hat die Eidgenossenschaft so immer wieder auf den Lauf der Zeiten reagiert, selten in kämpferischer Auseinandersetzung mit der Außenwelt, aber umso öfter nach innerem Streit neue Lösungen umgesetzt oder alte beibehalten. Die moderne Schweiz ist gerade in ihrer politisch institutionalisierten Vielfalt ein ausgesprochen sensibles und flexibles Instrument geworden, um sich dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandel immer wieder geschickt anzupassen. Das Reden von Widerstand und historischem Sonderfall verkennt die Voraussetzungen der eigenen Erfolge und diskreditiert zeitgemäßes Handeln mit vermeintlichen historischen Parallelen als unschweizerische Kapitulation gegenüber antischweizerischem Druck.

Wenn eine solche Wagenburgmentalität die Welt auf „us and them“ – auf „uns und sie“ – reduziert, übersieht sie die grundlegenden Differenzen bei den außenpolitischen Konflikten, seitdem die weltweiten Partner das Privileg einer geruhsamen neutralen Nischenexistenz als Trittbrettfahrerei betrachten, wenn deren Nutzen für die Staatenwelt nicht mehr einsichtig ist. Die Demütigungen durch den Gaddafi-Clan im Libyenkonflikt 2009/10, in dem die überforderte Schweiz im Umgang mit einem tatsächlich willkürlichen Herrscher heilfroh war um den Rückhalt der EU, ist etwas ganz anderes als die Auseinandersetzung mit demokratisch legitimierten und rechtsstaatlich operierenden Regierungen. Unsere Partner und Gegenspieler im Fluglärmstreit mit Baden-Württemberg, in den Steuerkonflikten mit den USA und der EU würden bei Volksabstimmungen in ihren Ländern gewaltige Mehrheiten für sich mobilisieren.

Das soll die Schweiz nicht davon abhalten, ihre nationalen Interessen ebenfalls selbstbewusst zu vertreten. Sie muss aber erkennen, dass der historische Ballast, den

sie in ihrem Selbstverständnis mitschleppt, nur für die innenpolitische Mobilisierung der Nationalkonservativen etwas nützt, außenpolitisch dagegen wenig hilfreich ist. Das Gewicht der Neutralität als Identitätsfaktor entwickelt sich umgekehrt proportional zu ihrer internationalen Bedeutung. Das Hohelied der nationalen Souveränität muss beide Augen verschließen vor ihrer massiven Einschränkung, den die Wendung „autonomer Nachvollzug“ bei der Übernahme von EU-Recht kaschiert. Daran und an immer mehr Herausforderungen, die im Alltag relevant sind, kann die überschätzte direkte Demokratie nichts ändern. Vielmehr verhindert ihr Vetocharakter, dass Politiker das tun, wofür sie gemeinhin gewählt werden: Handeln und Gestalten mit einem klaren Programm und der Bereitschaft, die politischen Konsequenzen zu tragen. Der schwache und billige Staat, der die Eidgenossenschaft geblieben ist, hat seinen Preis für die wirtschaftliche Großmacht, die sie geworden ist. Auf größere Herausforderungen, etwa das Verhältnis zur EU, schaut sie gelähmt in der Hoffnung, diese in einem Bilateralismus aussitzen zu können, dessen aufwendige Institutionen nur ihr nützen würden. Föderalismus und Ständemehr sowie das Referendum begünstigen die strukturkonservativen Elemente. Deshalb muss unser schwacher Staat diejenigen Strukturveränderungen als Konzession darstellen, die er gegen ein allzu selbstbewusstes Volk, den Souverän, nicht selbst durchsetzen kann. Wenn die Schweiz also die Herausforderungen der Zukunft nicht als politischer Partner von ähnlich verfassten Staaten und mit ähnlichen Grundanliegen angehen will, dann wird sie noch oft darüber staunen, dass Außenstehende den Sonderfall nur im absonderlichen Appetit auf Extrawurst und gepickte Rosinen erkennen.

Referat von Thomas Maissen, gehalten am Europa Forum Luzern, am 6.11.2012